

# Volkstimme

Einzelpreis 1.25 M.

Sozialdemokratische Zeitung für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volkstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. Verantwortl. Redakteur Wilhelm Riepehoff jun., Magdeburg. Verantwortl. für Inserate: Wilhelm Einbaun, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Riepehoff & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 3. — Fernsprech-Anschlüsse: Für Inserate Nr. 1587, für die Redaktion Nr. 1794, für den Verlag und die Druckerei Nr. 981. Postzustellungsliste 2. Nachtrag, Seite 110.

Bezugspreis: Vierteljährlich einschließlich Zustellung 84.00 Mark, monatlich 28.00 Mark. Beim Abholen vom Verlag und den Ausgabestellen vierteljährlich 80.25 Mark, monatlich 26.75 Mark. Bei den Postanstalten vierteljährlich 84.00 Mark, monatlich 28.00 Mark. — Einzelhefte 1.25 Mark; die halbjährliche Nonpareilhefte 4.50 Mark, auswärts 6.00 Mark, im Restanteil Seite 17.00 Mark, auswärts 23.00 Mark. Verlagsort: Seite 4.00 Mark. Anzeigenvermerk: geht verloren, wenn nicht binnen 20 Tagen Zahlung erfolgt. Postfachkonto: Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 138.

Magdeburg, Freitag den 16. Juni 1922.

33. Jahrgang.

## Gebt Oesterreich frei!

Der Zustand, in dem sich das unglückliche Oesterreich befindet, ist ein Schandmal auf alles Recht und auf alle Vernunft. Er ist ein Schandmal auf alles Recht, weil dieses Oesterreich seine Entstehung einem „Frieden“ verdankt, der angeblich auf dem Grundsatz des Selbstbestimmungsrechts der Völker begründet ist. Es ist die tollste Verleugung dieses Grundsatzes, wenn man einen Bestandteil eines gewesenen Staates und Bestandteil eines bestehenden Volkes zwingt, eine staatliche Selbständigkeit aufrechtzuerhalten, die er gar nicht haben will und von der er selber gar nicht glaubt, daß er sie aufrechtzuerhalten imstande ist. Der Zustand Oesterreichs ist aber auch ein Schandmal auf alle wirtschaftliche Vernunft, weil man aus einem früher zusammenhängenden Wirtschaftsgebiet

### das Kern- und Herzstück herausgerissen

hat und es in dieser Zusammenhanglosigkeit zu einem Leben verurteilt, das nichts anderes als ein Dahinstehen sein kann. Wien, die große Handelszentrale, der Umschlagplatz des nahen Ostens mit einem Stück Uferland und weiten Gebirgswäldern als einen selbständigen Staat konstruieren, das war einfach ein schlechter Witz. Aber für 6 Millionen Menschen bedeutet dieser Witz ihre Lebensstragödie.

Oesterreich kann selbständig nicht existieren. Es muß sich irgendwo anschließen. Sein nördlicher und sein südlicher Nachbar würden es aber gar nicht aufnehmen, selbst wenn es aufgenommen werden wollte. Denn weder die Tschechoslowakei noch Jugoslawien können, ohne ihren nationalen Charakter zu verlieren, 6 Millionen Deutsche aufnehmen. Die Wiederaufrichtung der Donaumonarchie in Form einer Donauföderation ist auch nicht möglich. Es bleibt also nur der Anschluß, der durch das ethnographische Gesetz selbst gegeben ist.

### Der Anschluß an Deutschland.

Der Anschluß an Deutschland würde Oesterreich auch nicht von heute auf morgen in ein Paradies verwandeln. Aber er wäre für die Dauer doch die Rettung. Der Anschluß wäre für Deutschland und für ganz Europa ein Nutzen. Denn es ist immer ein Nutzen, wenn eine Zoll- und Pfortenlinie, eine Barriere der Verkehrsflächen, fällt. Deutschland würde 6 Millionen neuer Bürger gewinnen, die jetzt schon mit dem Herzen bei ihm sind, Wasserkräfte, Erze, Handelsbeziehungen zum nahen Osten, direkte Grenzen mit Italien und Jugoslawien. Das sind nicht geringe Vorteile, und man kann immer auf sie hinweisen, wenn uns die Frage gestellt wird, was wir denn durch die Aufnahme unserer armen Verwandten an der Donau gewinnen wollen als einen Esser mehr.

Der Anschluß wird kommen, weil er kommen muß. Die Frage ist nur, wann und in welcher Form er kommen wird. In Oesterreich herrschen

### verzweifelte Stimmungen.

Die Krone sinkt ins Bodenlose. Ententekredite, die bewilligt sind und auf die man hofft, sind nur Tropfen auf den heißen Stein. Die Regierung des Prälaten Seipel, die reaktionärste Regierung, die Oesterreich seit der Revolution gehabt hat, bekämpft die Anschlussbewegung, um sich die Gunst der Entente zu erhalten, aber es scheint, daß diese Bewegung gerade durch den Widerstand nur an Stärke und stürmischer Kraft gewinnt. Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Wiens veröffentlicht einen Aufruf, in dem er zu Demonstrationen am Freitag auffordert und sagt:

Die Gefahr des Ausbruchs von Verzweiflungsstimmungen in der Arbeiterschaft ist bereit, im Falle des Scheiterns der gegenwärtigen Kreditverhandlungen den Kampf um den wirtschaftlichen Anschluß an Deutschland aufzunehmen.

Das sind deutliche Krisenzeichen, nicht nur für Oesterreich, möglicherweise auch für Deutschland und für Europa. Die geltenden Friedensverträge verbieten bis auf weiteres den Anschluß, und an der Aufrechterhaltung dieses Verbots glaubt sich Frankreich besonders interessiert. Frankreich ist immer noch vom Kriege her

von militärischen Zwangsvorstellungen beherrscht, und es hat Angst davor, daß Deutschland mehr Arme als bisher zur Verfügung stellen könnten, um die Klünken wieder aufzunehmen. In Italien, Jugoslawien und der Tschechoslowakei sind die Meinungen geteilt. Viele verständige Leute in Rom und in Belgrad sehen in einer gemeinsamen Grenze mit dem großen deutschen Wirtschaftsgebiet einen

Vorteil, andere wieder fürchten davon eine irredentistische Beeinflussung ihrer deutschen Grenzbevölkerung. In Prag wird vielfach eingesehen, daß der Anschluß unaufhaltbar ist, für die Tschechoslowakei aber bedeutet er, daß sie in Zukunft, abgesehen vom Osten, auf allen Seiten vom Deutschen Reich umgeben und gleichsam in dieses eingebettet wäre. Angestrichene Politiker sehen darin eine Bedrohung der staatlichen Selbständigkeit. Nach Mitteilungen eines Blattes in Prag will die dortige Regierung von einem Anschluß jetzt nichts wissen. Sie macht Vorschläge, wie Oesterreich geholfen werden könne, aber jedermann weiß, daß Oesterreich anders als durch Anschluß an Deutschland einfach nicht zu helfen ist.

Wird der Anschluß als Ausfluß der verzweifeltsten Stimmung plötzlich und überraschend versucht werden? Das würde mit Sicherheit außenpolitische Verwicklungen ergeben, die sehr gefährlich für Deutschland und Oesterreich werden würden. Es liegt weder im Interesse Oesterreichs noch in dem von Deutschland, den notwendigen Anschluß in Form eines Verzweiflungsrechts und einer Weltübertragung durchzuführen.

Aber dem Satten ist es immer leicht, dem Hungernden Vernunft zu predigen. Wird gutes Zureden genügen, um die verzweifelnden Oesterreicher von einem Gewaltstreik zurückzuhalten? Kann Deutschland, will die Entente, will die Welt einem Ertrinkenden den letzten Balken wegnehmen, an den er hoffnungsvoll sich klammert? Wir rufen der Welt zu: Macht dem Satten Ende, gebt Oesterreich frei und setzt Deutschland durch vernünftige Regelung der Reparationsfrage in die Lage, dem deutschen Bruder an der Donau helfen zu können. —

### Löbe zur Oesterreichischen Frage.

Der Führer der Oesterreichischen Sozialdemokratie Otto Bauer hat den in allen politischen Kreisen sehr eifrig diskutierten Vorschlag gemacht, durch Gründung einer Notenbank mit deutschem Kapital eine Art Währungsgemeinschaft zwischen Deutschland und Oesterreich zu schaffen. Zu diesem Vorschlag hat auch der Oesterreichisch-deutsche Volksbund Stellung genommen, wie aus folgendem Programm hervorgeht, das im Auftrage des Bundes der deutsche Reichspräsident, Genosse Paul Löbe, an Otto Bauer gerichtet hat:

Der Oesterreichisch-deutsche Volksbund hat, von der neuen Heimführung Oesterreichs auf das tiefste berührt, von Ihrem Wirtschaftspläne mit großem Interesse Kenntnis genommen. Auch wir halten es für die Pflicht Deutschlands, Oesterreich zu helfen, und werden uns in unserem Lande mit allen Mitteln dafür einsetzen. Wir würden es begrüßen, in Ihrem Projekt einen Weg zur Vorbereitung des von allen erstrebten Anschlusses zu finden. Aufgabe der deutschen Öffentlichkeit wird es sein, die Grundfragen des Entwurfs zu prüfen, Aufgabe des Volksbundes, ungeachtet für die diese Prüfung nötigen Unterlagen zu schaffen.

Wir laden Sie ein, ehestens in Berlin vor einem Kreise von Politikern und Wirtschaftlern der verschiedensten Parteien zu sprechen und Ihren Plan zur Diskussion zu stellen.

In Oesterreich herrscht starke Erregung über eine Meldung, wonach die Prager Regierung mit Frankreich ein Abkommen getroffen hätte, im Falle des Anschlusses an Deutschland sofort das halbe Gebiet Oesterreichs militärisch zu besetzen. —

### Will Frankreich einschwenken?

Die französische Regierung hat sich nunmehr doch entschlossen, an der Haager Konferenz teilzunehmen. Die Teilnahme besteht in der Entsendung einer Delegation ohne Chef und mit dem Auftrage, „Gordposten“ zu spielen. Frankreich beginnt also auf der Haager Konferenz mit derselben Laffik, die es bis zum letzten Tag in Genua getrieben hat und die ein aussichtsreiches Verhandeln unmöglich macht. Vor der Abreise der Delegation müssen die Kosten für den Haager Aufenthalt von der Kammer bewilligt werden. Poincaré hat keineswegs die Absicht, aus dieser Angelegenheit eine Vertrauensfrage zu machen, so daß die Vermutung nicht unberechtigt erscheint, daß es der französischen Regierung gar nicht unangenehm ist, wenn die Kredite abgelehnt werden und sie so einen schönen Vorwand für die Nichtbescheidung der Konferenz hat. Da Frankreich in der russischen Frage nach wie vor die in Genua verbreitete Auffassung vertritt, wäre eine Ablehnung der Kredite für die Kosten nicht zu bedauern. Wird der vor-

läufige Beschluß der französischen Regierung, die Konferenz im Haag zu beschicken, von der Kammer durch die Kreditbewilligung bestätigt und damit zur Tatsache, dann wird man im Haag die gleichen unerquicklichen Auseinandersetzungen zwischen den Alliierten und Frankreich erleben.

Trotz der Aufrechterhaltung des französischen Standpunktes in der russischen Frage scheint aber in der allgemeinen französischen Politik eine Richtungsänderung vorbereitet zu werden. In Blättern, die der Regierung äußerst nahe stehen, spricht man nach dem Scheitern der Anleiheverhandlungen sehr viel von einer „Politik der Möglichkeiten“, deren Ziel sein soll, zu versuchen, wie vorläufig ohne internationale Anleihe der deutsche Markkurs befestigt werden kann. Man sucht also in Paris gewissermaßen schon heute die Brücke zu der Auffassung des Anleihekomitees, so daß der baldige Wiederausbruch der Morgan-Ausschusses zu erwarten ist. Die französische Regierung soll sogar plötzlich auch bereit sein, sich an Verhandlungen, die mit dem Garantiekomitee auf Vorschlag der Reparationskommission über eine kleine Anleihe in Berlin geführt werden sollen, in positivem Sinne zu beteiligen.

Die Notwendigkeit des Handels in der Reparationsfrage sieht Frankreich also schon nach drei Tagen ein; Meinungsverschiedenheiten zwischen ihm und den übrigen Alliierten bestehen noch über den Weg, der zu einem positiven Resultat führen kann. —

### Ausgleich für die Geldentwertung.

Die dem Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbund und Arbeiterbund angeschlossenen Verbände, soweit sie Reichs-, Staats- und Kommunalbeamte und Arbeiter organisieren, haben der Reichsregierung nachstehende Eingabe überreicht:

Infolge der rapiden Geldentwertung und der damit verbundenen steigenden Löhne sehen sich die unterzeichneten Organisationen veranlaßt, an die Reichsregierung das dringende Ersuchen zu richten, baldigst Verhandlungen anzubereiten über eine angemessene Erhöhung der Bezüge des Personals, einschließlich der Pensionäre, Witwen und Waisen, der Reichs-, Staats- und Kommunalbediensteten. Die Organisationen beabsichtigen, der Regierung konkrete Vorschläge über die Neuverteilung der Bezüge des Personals bei Beginn der Verhandlungen zu unterbreiten und sehen einer baldigen Einleitung zu denselben entgegen.

Da der Reichstag voraussichtlich nur bis zum 22. Juni tagen wird, dürfte schnelles Handeln geboten sein, und wir bitten zu erörtern, halten es die unterzeichneten Organisationen für zweckmäßig, wenn diesmal zuerst über die Arbeiterlöhne verhandelt wird.

Wir wir hören, dürften bei den voraussichtlich im Laufe der nächsten Woche stattfindenden Verhandlungen mit der Regierung auch die Beamtenverbände beteiligt sein, die am 18. Juni in Leipzig den neuen Allgemeinen Deutschen Beamtenbund gründen werden. —

### Regierungsturz im roten Sachsen?

Die Kommunisten predigen zwar fortwährend die Einheitsfront, dort aber, wo sie besteht, und zwar in der wirksamen Form einer sozialistischen Regierung, ruhen sie nicht, bis diese Regierung gestürzt und damit auch die Einheitsfront zerstört ist.

So war es in Braunschweig und so ist es jetzt im roten Sachsen. Die dortige sozialdemokratisch-unabhängige Regierung kann nur so lange bestehen, als die Kommunisten im Landtag nicht mit den deutschnationalen Stimmen. Mit viel Mühe und Not waren sie bisher davon abgehalten worden, die Einheitsfront mit dem Bürgerturn zu bilden. Die sozialistische Regierung ist aus der Krise fast nie herausgekommen. Das Zusammengehen mit den Sozialdemokraten und den Unabhängigen haben die kommunistischen Führer nicht mit den deutschnationalen und wollen bei der nächsten Gelegenheit schon — Abstimmung über den Justiz- und Polizei-Gesetz, für den der Unabhängige Ripinski verantwortlich ist, — zusammen mit den bürgerlichen Parteien die Regierung stürzen.

Die kommunistischen Quertreibereien sind nun selbst den radikalen Chemnitzer Betriebsräten zu dümm geworden, die in einer Vollversammlung von den Kommunisten ganz entschieden ein Einschwenken in die sozialistische Front verlangten, um das Weiterbestehen der jetzigen Regierung zu sichern. Ob die Kommunisten diesem Verlangen



der Gesetzesvorlage, sie habe einen Inhalt, wie sie wolle, über sich ergehen lassen muß.

Vor Beginn der Abstimmung dankte Staatssekretär Schulz dem Reichstag für die mühsame Arbeit, die das Parlament zum Zustandekommen dieses Gesetzes geleistet habe. Sein Lob ging, soweit es die Demokraten und das Zentrum mit betraf, allerdings vornehmlich an die Demokratie und das Zentrum mit betraf, allerdings vornehmlich an die Demokratie und das Zentrum mit betraf.

Der § 71 des Gesetzes, der einen Erziehungsschutzes für fürsorgebedürftige ohne Veranlassung bringt, sollte am 1. April 1925 in Kraft treten. Durch ihren Verrat erreichten die männlichen Mitglieder des Zentrums und der Demokraten, daß dieser Paragraf erst vom 1. April 1927 an Geltung erhält.

Die Unabhängigen hatten im Ausschuss mit uns gemeinsam gearbeitet, im Plenum aber trennten sich bei manchen Fragen scharf unsere Wege. Die Unabhängigen brachten Anträge ein, für die wir im Ausschuss gemeinsam gewirkt hatten.

### Neue Note der Reparationskommission.

Die Reparationskommission hat der deutschen Regierung eine Note zugehen lassen, in der die Forderungen der Reparationskommission genauer umschrieben werden. Die Note weist darauf hin, daß die folgenden Punkte bereits schon früher festgelegt waren:

1. Kontrolle der Einnahmen und Ausgaben des Reiches.
2. Mißbräuchliche Kapitalausfuhr.
3. Statistik.

1. Zwangsanleihe: Die Kommission erwartet, daß alle Dispositionen getroffen werden, um bis zum 1. Januar 1923 zu diesem Zwecke mindestens 40 Milliarden Einnahmen zu erzielen.

2. Defizit des Budgets der öffentlichen Betriebe: Die Kommission stellt fest, daß der ihr unterbreitete Haushaltsplan keine genügenden Einnahmen zur Deckung dieses Defizits vorstellt. Zwar kündigt der Reichszentralrat in seinem Schreiben vom 28. Mai eine Reihe von Ausgabebeschränkungen an, aber es sei keine Rede von den Mitteln, mit denen die außerordentlichen Ausgaben der öffentlichen Betriebe gedeckt werden sollen, die sich für die Eisenbahn auf 16,986 für die Post auf 2534 Millionen Mark beziffern.

3. Autonomie der Reichsbank: Die Reichsbank erkennt an, daß das deutsche Gesetz über die Autonomisierung der Reichsbank der deutschen Regierung das Recht entzieht, direkt auf den Gang der Finanzoperationen einzuwirken. Damit die Unabhängigkeit der Reichsbank tatsächlich hergestellt werden kann, muß die Bank nicht nur unabhängig von der Regierung sein, sondern auch ihr Personal. Die Kommission fordert deshalb, daß über die Leitung der Bank nur noch die Aktionäre zu bestimmen haben.

Die Kommission verlangt vorläufig noch kein Gesetz in dieser Richtung, behält sich aber das Recht vor, auf eine gesetzliche Regelung zur gegebenen Zeit zu dringen. Weiter verlangt die Note bestimmte Maßnahmen, um die weitere Vermehrung des deutschen Geldes zu verhindern.

Gerade an diesem Punkte sind die Forderungen der Reparationskommission am unklarsten. Begreiflicherweise; denn gerade hier liegt die wahre Schwierigkeit. Aller Notwendigkeit ändert nichts an dem Grundübel, an der Abhängigkeit der deutschen Finanzen vom Versailler Vertrag. Bevor der nicht beseitigt ist, nützen alle Änderungen an Institutionen nichts.

### Steuerdrückeberger der Hohenzollern.

Am Mittwoch wurde durch einen Vertreter des Reichsfinanzministeriums die sozialdemokratische Anfrage über den Steuerfuß der Hohenzollern im Reichstag beantwortet. Neuerdings ist es üblich geworden, daß bestimmte Reichsministerien nie zugeben, daß ihnen irgendwelche Verluste untergelassen sind, oder daß sie sich Nachlässigkeiten haben zuschulden kommen lassen. Es wird dann unter allen Umständen „nachgewiesen“, daß die Aufgebundenen im Unrecht sind. So ist es auch diesmal gekommen. Das Reichsfinanzministerium ließ antworten, daß die Hohenzollern Steuern zahlen und daß sie, wie jeder andere Steuerpflichtige, nach Maßgabe der geltenden Steuer Gesetze behandelt werden.

Der „Vorwärts“ ist nun in der Lage, an der Hand verschiedener Dokumente, die von Ende Mai und Anfang Juni dieses Jahres datieren, nachzuweisen, daß der Hohenzollernsche Hausnach und die Hohenzollernsche Güterverwaltung die sogenannte Hofkammer, trotz der Versicherungen des Reichsfinanzministeriums nicht nur bisher keine Steuern bezahlt haben, im besonderen die Hofkammer gibt sich sogar ungeniert und mit vielem Erfolg Mühe, der Steuerbehörde riezentehaste Beiträge zu entziehen.

So sind im Jahre 1920 auf den Hohenzollernschen Gütern 28 Millionen Mark Reingewinn der Hofkammer zur Verfügung gestellt worden. Sie hat daraus 10 Millionen Mark, um den von der Einkommensteuer erfassten Reingewinn zu verringern, abgezogen. Jetzt hat sie ihn wieder durch Ueberweisung an die Aemterverwaltung und an ihre Fortbewahrung zur Aufbesserung der Substanz und des Lebens und hohen Subvanten beschwinden lassen. Im Jahre 1921 hat sie aus den Hohenzollernschen Gütern 60 Millionen Reingewinn erzielt. Auch hier hat sie bisher nicht nur keine Steuern Steuern gezahlt, sie hat auch keinerlei Rückstellungen zur Erfüllung ihrer Steuerpflicht vorgenommen.

Wie ist denn aber diese Untugend des Reichsfinanzministeriums überhaupt möglich? Ganz einfach. Das Reichsfinanz-

ministerium hat mit einer geschickten Handbewegung die von uns erforderten größten Teile des Hohenzollernvermögens in ihrer Antwort ausgelassen und hat nur davon gesprochen, daß die Angehörigen des Hauses Hohenzollern ihr Privatvermögen versteuern. Das Privatvermögen der Mehrzahl der Mitglieder der Hohenzollern ist nicht hoch, weil der Grundstock des Hohenzollernbestandes hauptsächlich von der Verfügung über nur Wilhelm von Doorn zur Verfügung steht. Aus ihm kommen die einzelnen Mitglieder der Hohenzollern-Familie natürlich auch Anwendungen. Aber sie, noch die großen Vermögensteile, die sich Wilhelm hat nach Doorn kommen lassen, sind bisher versteuert worden. In der Frage der Steuerpflicht der Hohenzollern muß noch sehr energisch durchgegriffen werden. Die tiefsten Steuern, die dem deutschen Volke früher entzogen wurden, und die den sogenannten „West“ der Hohenzollern darstellen, können der mit Ausgaben überlasteten Republik manche Last erleichtern. Die Kriegsbekämpferten leiden bittere Not, und die Hohenzollern wollen nach wie vor nicht nur ungehörte Sicherheit genießen, sondern auch noch die Republik betrügen. Das darf nicht sein.

### Der Verlust Luxemburgs.

Dieser Tage hat sich in aller Stille ein politisches Ereignis vollzogen, dem eine recht große Bedeutung zukommt. Luxemburg, seit dem Jahre 1802 ein Glied der deutschen Eisenbahn- und Zollgemeinschaft, ist aus dieser Gemeinschaft geschieden. Belgien ist an Deutschlands Stelle getreten und genießt vom 1. Juni dieses Jahres an alle Vorteile, die aus einer so engen Gemeinschaft zweier Länder nur immer erfließen.

Luxemburg stellt politisch keine besondere Macht vor. Steits ist dieser Zwergstaat vom Wohlwollen der umgebenden Staaten abhängig gewesen, die an diesem Dreieck zusammengeschnitten in ihren verschiedenen Interessengebieten. Im Jahre 1867 wurde durch einen Vertrag, in welchem fünf Großmächte, darunter auch Deutschland, die absolute Neutralität des Luxemburgischen Hoheitsgebietes gewährleistet, die Gefahr, daß Luxemburg Ursache eines Krieges würde, beseitigt. Im Kriege von 1870/71 wurde dies Abkommen auch streng durchgeführt.

So schwach nun auch die politische Macht ist, die hinter dem Staate Luxemburg steht, dieses kleine Land ist dafür von ganz erheblichem Belang in wirtschaftlicher, vor allem in industrieller Hinsicht. Mit der Entwicklung des rheinischen und westfälischen Erdbecken seit dem Ausgange des Krieges von 1870/71 ging Hand in Hand eine gleich starke Entfaltung der luxemburgischen Kohlen- und Erzbezirke. Enger wirtschaftliche und organisatorische Bande verknüpfen heute noch die Industrie des Rheinlandes mit der luxemburgischen Industrie. Diese wirtschaftlichen Zusammenhänge haben auch dazu geführt, daß im Jahre 1893 zwischen Deutschland und Luxemburg ein Abkommen getroffen worden ist, kraft dessen Luxemburg in den deutschen Zoll- und Eisenbahnverband trat. Gleich der zweite Punkt dieses Abkommens legt die Verpflichtung Deutschlands für alle Zeiten fest, die luxemburgischen Eisenbahnen niemals zu kriegerischen Zwecken irgendwelcher Art zu benutzen.

Dieses Abkommen war in Kraft bei Ausbruch des Krieges. Gleich in den ersten Mobilisierungstagen wurde Luxemburg von deutschen Truppen besetzt, seiner Selbstständigkeit beraubt und als eine deutsche Provinz behandelt. Vier Jahre lang mußten die Luxemburger alle Kriegesfolgen über sich ergehen lassen und wurden davon viel schwerer getroffen, als die meisten innerdeutschen Länder, allein schon wegen der räumlichen Nähe zum Kriegsschauplatz. Die Stimmung der luxemburgischen Bevölkerung wurde durch diesen Vertragsbruch noch weit bitterer, als es die Stimmung Belgiens gegen uns heute noch ist! Sie haben in Deutschland den ehrlichen Vertragspartner, auf dessen Wort und Unterschrift unbedingter Verlaß ist. Wer wundernd sich noch, daß Luxemburg auch ohne den Druck von den Siegern her nach Auflösung eines Vertrags strebt, der ihm gebrochen worden ist, unter völliger Unberücksichtigung jedes Völkerrechts und jeder Vertragstreue?

Daß Luxemburg heute fast mit Deutschland mit Belgien in einer Eisenbahn- und Zollunion ist, verdanken wir jener genialen Politik der wilhelminischen Zeit, deren Achtung vor geschlossenen Verträgen durch das berühmte Wort vom „Fehlendes Papier“ genügend gekennzeichnet wird.

Die wahre Bedeutung der neuen Arbeitsgemeinschaft zwischen Belgien und Luxemburg enthüllt sich erst, wenn man sie gewinnt aus dem Zusammenhang mit der gesamten Rheinlandpolitik Frankreichs. Wir haben im Westen eine feste Stütze verloren, ein Bollwerk, das den Franzosen ihren Marsch über den Rhein recht erheblich erschweren konnte, wie es die Zeit von 1867 bis 1914 bewiesen hat. Es ist heute wertlos, darüber nachzugrübeln, ob sich der Einmarsch in Luxemburg nicht vermeiden ließ. Wer den Einmarsch in Belgien für eine militärische Notwendigkeit gehalten hat, mußte wohl auch den Einmarsch in Luxemburg als „Kriegsnotwendigkeit“ in seinem Pläne haben. Wir erleben aber in diesem Falle wieder einmal, welche schweren und unheilvollen Folgen für uns noch immer aus der ganzen Anlage des Krieges kommen. Es hat schon seine volle Wichtigkeit: Fehler im Aufmarsch lassen sich nicht wieder gutmachen, weder im Militärischen, noch im Politischen oder im Moralischen.

Ein Land, das durch Jahrhunderte für deutsche Arbeit und deutsche Kultur aufgeschlossen und zugänglich war, wendet sich von uns ab und wird wohl rasch unter französisch-belgischen Einfluß geraten. Aber bei uns lassen sich noch immer Menschen berechnen, die das verfohlene System des wilhelminischen Deutschlands, dem wir diese Einbuße mit vielem andern allein verdanken, für ein „Ideal“ halten, das sie so rasch als möglich wieder zur alten Wirklichkeit zurückführen möchten.

### Notizen.

Die Lokomotivführer gegen Mahreglungen. In Würzburg begannen am Mittwoch die Verhandlungen der Gewerkschaft deutscher Lokomotivführer. Der Kongreß sprach den ersten Vorsitzenden Spaßbaum, ein Vertrauensvotum aus. In den

Metallarbeiterstreik wurde folgendes Telegramm geschickt: „rund 80.000 in der Gewerkschaft deutscher Lokomotivführer Berlin. Lokomotiv- und Maschinenbeamten Deutschlands appellieren an die staatsmännliche Einsicht und gewerkschaftliche Erfahrung, daß die gangen Einfluß zur Aushebung des vertragswidrigen, ungerechtfertigten und Unruhe stiftenden Mahreglungsstreiches gegen Eisenbahnen wegen des Streikrechts aufzuheben mögen.“

Weg, wenn sie losgelassen. Wie festgestellt worden ist, sind dem Zulassungstest zwischen Reichswehrtruppen und kommunikativen Demonstrationen am Hindenburg-Tage auch mehrere Personen zum Opfer gefallen, die an der Demonstration für Hindenburg beteiligt waren. Der Selbstmord und zwei der Schwereverletzungen gehörten zu ihnen. Sie sind in dem allgemeinen Verständnis durch die rückwärts abgekehrten Reichswehrtruppe getroffen worden. Trotzdem der geschickte Tatbestand einwandfrei feststellbar ist, wird es nicht lange gehen, bis wir hören, die Demonstranten hätten drei Menschen angeschossen und dann erst habe die Reichswehr eingegriffen müssen.

Dänung gelährt. Das Bestehen des unabhängigen Abgeordneten Dänmig, der am Dienstag im Reichstag zusammenbrach, hat sich infolgedessen als Lebensgefahr nicht mehr vorliegt. Er ist bei Bewußtsein, jedoch ist die ganze linke Körperseite gelähmt. Die Ärzte erklären, daß Dänmügg sich ein halbes Jahr von jeder parlamentarischen Tätigkeit fernhalten muß.

Der Reichstag besucht München. Am 29. Juni wird der Reichstag der Stadt München einen Besuch abstatten und mit den Mitgliedern des Bayerischen Landtags zusammentreffen. Anschließend erfolgt der Besuch der Obermerzgauer Kassiospiele. Am 28. Juni sollen die großen Sommerferien beginnen.

Metallarbeiterstreik in Berlin? In Berlin droht ein neuer Metallarbeiterstreik. Der Schiedsrichter, der eine 10prozentige Lohnezulage vorschlug, wurde in Abstimmung am 12. Juni mit Arbeitszielvereinbarung abgelehnt. Die in Frage kommenden Verwaltungsborgane werden sich mit dem Abstimmungsergebnis beschäftigen und weitere Beschlüsse fassen.

### Depeschen.

#### Tagung der Zeitungsverleger.

Wiß, Hamburg, 15. Juni. Anlässlich der Tagung des Vereins deutscher Zeitungsverleger fand abends im Rathaus ein Empfang statt, zu dem u. a. Vertreter des Senats und der Bürgererschaft, hervorragende Persönlichkeiten des Wirtschaftslebens und eine Reihe Hamburger und auswärtiger Pressevertreter erschienen waren.

Der regierende Bürgermeister, Dr. Diestel, erinnerte in der Begrüßungsansprache an die schwere wirtschaftliche Not der deutschen Presse, und betonte, daß die Verantwortung unserm Volke und eine unerträgliche Erschwerung der politischen Arbeit aller Kreise am Werke des staatlichen Aufbaues bedeuten würde, wenn nicht Mittel gefunden würden, mit denen es möglich sei, die katastrophale Bedrohung der deutschen Zeitungen abzuwenden.

Die deutsche Presse sei einig in dem Willen, mitzuhelfen am Aufbau unsern Staatswesens. Daraus erwachse ihr eine hohe Verantwortung, selbst wenn sie es kritisch ablehnen, schöpferisch mitzuarbeiten. Heute sei mehr denn je die Politik eine gemeinsame Sache und eine unheilvolle Erschwerung der politischen Arbeit aller Kreise am Werke des staatlichen Aufbaues bedeuten würde, wenn nicht Mittel gefunden würden, mit denen es möglich sei, die katastrophale Bedrohung der deutschen Zeitungen abzuwenden.

Namens der deutschen Zeitungsverleger sprach der erste Vorsitzende des Vereins deutscher Zeitungsverleger, Kommerzienrat Dr. Krumpholtz. Er erklärte u. a.: In schlimmster See und schlimmstem Unwetter segelt die Flotte des deutschen Wirtschaftslebens. Sie trägt als kostbarste Ladung die Hoffnung auf Deutschlands Wiedergeburt — an ihrer Spitze die Flotte der deutschen Zeitungen mit allen Zeichen höchster Seesnot. Mancher Mast ist gekappt und manches wertvolle Gut über Bord geworfen. Am Ruder aber stehen Männer, durch das Leben erzogen zu dem Gefühl und dem Bewußtsein ihrer Verantwortlichkeit. Unererschütterlich streben sie das gemeinsame Ziel des deutschen Wiederaufbaues an. Versteht man auf dem Führertisch die Signale nicht, die Stürkung und Hilfe für die im aufstrebenden Volkspostendienst sich zermürbenden Zeitungsleute fordern, deren Schiffe für eine so schlimme See, für ein so schweres Wetter nicht gebaut sind? Wird man es an führender Stelle im Reichde verstehen, um was es geht, wenn die selbstständige deutsche Presse verankert? Tritt diese Katastrophe ein, dann hat sich das deutsche Volk zum zweitenmal entworfen lassen. Was die deutsche Presse zu tun vermag, um Deutschlands Aufschwung und Seegerüstung wieder auf den früheren Stand emporzubringen, wird sie zu tun stets befreit sein.

#### Morgan bei Lloyd George.

26. Paris, 15. Juni. Der Londoner Berichterstatter des „Chicago Tribune“ berichtet, Morgan sei von Lloyd George aufgefordert worden, Ende der Woche mit ihm die Finanzlage der Welt zu erörtern. Lloyd George würde die Ansicht des amerikanischen Bankiers über die europäischen Angelegenheiten im allgemeinen kennenlernen.

#### Koalitionspolitik der italienischen Sozialisten.

23. Rom, 15. Juni. Wie Striani meldet, wird die Frage der Mitarbeit und Teilnahme an der Regierung seit einiger Zeit innerhalb der sozialistischen Partei lebhaft erörtert. Fast sämtliche sozialistischen Abgeordneten seien im Gegensatz zur sozialistischen Parteileitung für eine Teilnahme an der Regierung. Um die Frage endgültig zu entscheiden, wird im Juli ein nationaler Sozialistenkongreß einberufen werden.

#### Revolution in Bolivien.

23. London, 15. Juni. Die „Times“ meldet aus Buenos Aires, der argentinische Gesandte in Bolivien berichtet, daß in La Paz und Oruro, der beiden größten Städten Boliviens, der Belagerungszustand verhängt worden ist. Nach dem Berichterstatter ist man in Buenos Aires der Ansicht, daß eine Revolution in Bolivien unmittelbar bevorstehe.

# SUNLICHT



## SEIFE

ist stets

rein und unverfälscht  
von gleichmässiger Güte und  
Beschaffenheit  
ausgiebig und unschädlich  
für die Wäschefaser



# Preiswerte Lebensmittel!

<b>Erbfen</b> in Qualität . . . Pfund <b>8<sup>00</sup></b>	<b>Mudeln</b> . . . . . Pfund <b>13<sup>00</sup></b>
Matasena . Pfund-Paket <b>6.20</b>	Rote Grüge . . . . . Paket <b>1.20</b>
<b>Bohnen</b> weiße, I. Qual. Pfund <b>8<sup>00</sup></b>	<b>Pflaumen</b> . . . . . Pfund <b>28<sup>00</sup></b>
Schorien . . . . . Paket <b>1.00</b>	Paddingpulver 3.00 2.10 1.80
<b>Haferfloden</b> . . . . . Pfund <b>9<sup>25</sup></b>	<b>Zeigen</b> . . . . . Pfund <b>16<sup>00</sup></b>
Hafermehl . . . . . Paket <b>11.00</b>	Zitronen Stück <b>6.00 5.00 4.00</b>
<b>Seringe</b> . . . . . Stück <b>2<sup>00</sup></b>	<b>Marmelade</b> Biertracht Pfund <b>12<sup>00</sup></b>
Solländer Käse Pfund <b>49.00</b>	Apfelsinen . . . . . Stück <b>5.00</b>
<b>Kindermehl</b> . . . . . Dose <b>9<sup>00</sup></b>	<b>Echter Emmentaler Käse</b> 52 <sup>00</sup>
Erweichholade . . . . . Tafel <b>8.50</b>	Kapern in Gläschen . . . . . 4.00
<b>Rehratels</b> 1/2 Pfund-Paket <b>12<sup>00</sup></b>	<b>Kaffeeerfab</b> Mischung 20% Kaffeezusatz Pfund <b>10<sup>00</sup></b>
Blockschokolade . . . . . Tafel <b>8.50</b>	Delfarbinen . . . . . Dose <b>18.00</b>
<b>Stiehad</b> . . . . . Paket <b>3<sup>75</sup></b>	<b>Zomatenpüree</b> 2-Pfund-Dose <b>18<sup>00</sup></b>
Milchschokolade Tafel <b>12.00</b>	Gardellenbutter . . . . . Sade <b>8.50</b>
<b>Haushaltfets</b> . . . . . 1/2 Pfund <b>8<sup>00</sup></b>	<b>Leberwurst</b> prima 2-Pfund-Dose <b>55<sup>00</sup></b>
Schokolade . . . . . Tafel <b>18.50</b>	Knoblauchpaste . . . . . Sade <b>7.50</b>
<b>Kets u. Lebkuchen</b> 1/2 Pfd. <b>6<sup>00</sup></b>	<b>Hotwurst</b> prima 2-Pfund-Dose <b>55<sup>00</sup></b>
<b>Wieder eingetroffen</b>	<b>Besonders preiswert:</b>
von der Reichsmunitionfabrikation:	<b>Weinbrand</b> Spezialität . . . . . Gl. <b>85.00</b>
<b>Agnabit</b> . . . . . Glasje <b>68.00</b>	<b>Weinbrand-Bergha</b> 3 Gläser <b>75.00</b>
<b>Rümmel</b>	<b>Jamaika-Rum-Bergha</b> . . . . . Gl. <b>80.00</b>
<b>Öfentlicher</b>	<b>Wetterauer Rümmel</b> . . . . . Gl. <b>80.00</b>
<b>Klarer</b>	<b>Magen-Elizier</b> . . . . . Gl. <b>50.00</b>
<b>Wacholder</b>	

# Gebr. Barasch.

Jetzt ist es noch Zeit, seinen Bedarf in Tabakwaren vor der am 1. Juli eintretenden Steuererhöhung einzubeden.

Um mein Lager zu räumen, verkaufe ich folgende preiswerte Qualitätzigarren

873	a. 1000	a. 100	Sanberol.
Karte	Stück	Stück	Preis
Luigarda	1500	170	2.00 p. St.
Mevido	1600	180	2.00 . . .
El Caballo	2100	225	2.50 . . .

ff. Rauchtabak à Pfund **36 u. 45 M.**

**Bernhard R. Müller**  
Tabakhandlung u. Zigarrenfabrik  
Gartenwallstr. 11. — Tel. 5080.

**Der gute Schriftführer und Berichterstatter**

von Wilhelm Niepohl.

Ein unentbehrlicher Ratgeber für die Arbeit in den Vereinen, ein wertvolles Hilfsbuch für alle in der Arbeiterbewegung schriftlich Tätigen.

**Preis 6.00 Mark.**

**Buchhandlung Volksstimme**

**Ferngläser** 7.7

Zeiss, Goerz

kaufe laufend bis **100%** Preisermäßigung

**M. Laufer** Peterstr. 2 Fernspr. 4436.

**Ist Ihre Frau leidend?**

dann kaufen Sie sofort Professor Großhahn:

**Das Gesundheitsbuch der Frau**

Auf 160 großen Seiten, durch Bilder erläutert, schildert der Verfasser, ein berühmter Professor in drei großen Abschnitten die gesunde Frau, die kranke Frau, die pflegende Frau. In vielen Einzelkapiteln wird zu den gesundheitlichen Mängeln der ganzen Familie Stellung genommen und in klarer, einfacher Sprache der Frau gezeigt, welche Aufgaben ihr erwachen und wie sie diese am leichtesten löst.

Für jede junge Frau und Braut!  
Für jedes Jungmädchen!

— Preis jetzt noch 40 Mark. —

**Buchhandlung Volksstimme**  
Große Ringstraße 3.

**Schönebed. Ausstellung**

zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten vom Reich. Hygiene-Museum L. Dresden und der Gesellschaft zur Bekämpfung d. Geschlechts-Krankheiten wird vom 16. bis 25. Juni im Schönebed. im Saale des Landhauses a. Bahnhof gezeigt.

Schiffahrt ununterbrochen auch Sonntags von 10 bis 7 Uhr für beiderlei Geschlecht. Regelmäßige Fahrpläne (siehe werbungs- 6-7 Uhr, Sonntags von 11 Uhr statt Freitag den 21. Juni von 2 Uhr an nur für weibliche Besucher; an diesem Tage finden die Erklärungen u. 3 u. 6 Uhr anstatt 10-11 Uhr statt). Mitglieder erhalten bei der Zutrittskontrolle Eintrittskarten zu ermäßigten Preisen. Besondere Plätze und Schriften liegen zum Verkauf aus. Eintrittspreis 4.00 Mark.

**Allgemeine Ortstrantentafel für Schönebed. u. Umg.** 881

Vom Freitag den 16. Juni bis Samstag den 25. Juni findet im Saale des „Landhauses“ eine **Ausstellung zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten** statt. Unsere Mitglieder empfehlen wir, die Ausstellung zu besuchen und Eintrittskarten zum ermäßigten Preise von 2 Mark im Vorverkauf abzugeben. Der Vorstand.

Der Vorstand für ein Einheitsloot (Marken) im Gewicht von 4 Pfund ist mit Wirkung vom 12. d. M. an auf 12.50 Mark festgesetzt worden. Sonstiges auf Marken 1 Pfund = 14.00 Mark. G. Schönebed., den 18. Juni 1922. Der Magistrat.

**Zur Miama Ledertuch**

130 cm breit, zum Bespannen von Wänden und zur Dekoration

**ML 35.00**

**Rugotkehal**  
Johannisbergstrasse 2

# Auffallend preiswert

daher hochwillkommen!

Meine fertige Herren- und Knaben-Kleidung ist wegen ihrer bekannten Vorzüge der beste Ersatz für Maß.

Die Auswahl in allen Größen, auch für schlanke und korpulente Herren, ist sehr groß. Ich empfehle Ihnen, bei Bedarf sich meine Lager anzusehen. Sie finden das Richtige: Schlupfer, Covercoats, Gummi-Mäntel, Garbardin- und Loden-Mäntel, Herren-Anzüge in hellen Sommerfarben, Herren-Anzüge in marineblau, Cutaways und Westen, Gehrock-Anzüge, Jünglings-Anzüge, Knaben-Anzüge, gestreifte Beinkleider und Breches-Hosen, Luster- und Leinen-Jackets und -Hosen, Knaben-Stoff- und Wafchanzüge, Blusen, Hosen zu besonders vorteilhaften Preisen.

**Heinrich Casper**  
Magdeburg  
Breiteweg 133

88 getragene **S.-u.-W.-Paletots** St. 350 St. 3 Auszug. **Max Eckstein**, Königsplatzstr. 5.

**Wohnungsmarkt**  
Einfach 1104  
**möbl. Zimmer**  
für sofort gesucht, mögl. Neue Neustadt. Angebote unter FL 4438 an Postamt, Breiteweg.

**Standesamts-Nachrichten.**

Die Magdeburger Standesämter sind geöffnet: 1. An den Wochentagen von 10 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags, Sonnabends von 9 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags. 2. An den auf einen Wochentag fallenden Feiertagen von 10 bis 11 Uhr vormittags nur für Geburten und Sterbefälle.

Magdeburg-Stiftstadt.

**Sodesfälle.** 15. Juni. Kaufmann Max Quenell, 75 J. Verm. Schumachermeister Pauline Gold geb. Rosenhahn, 74 J. Elektrikermeister Wilhelm Seiffelbach, 20 J. Walter, S. des Arbeiters August Friede, 3 J. Hans Joachim, unehelich, 7 M. Verm. Kaufmann Anna Böse geb. Wiele, 75 J.

**Wanzen**  
und anderes Ungeziefer vernichtet Wagner in Apotheken u. Drogerien erdhilich.

Zahl f. Bezüge bis 1000 St. für bunte bis 800 St. Laten u. Hemden 6.100 St. f. Sandtücher 2.25 St. 732. Frankfurt a. M. 14. d. M. 1922. 4 u. 11. d. M. 1922. 4 u. 11. d. M. 1922. 4 u. 11. d. M. 1922.

**Fußschweiß**  
— Zur Einreibung —  
**Spezialmittel**  
Hal-Apothek, Breiteweg 133.

**Zurückgekehrt**  
San.-Rat Dr. Pincus, Augenarzt, Breiteweg 220. 186

**Dankagung.**  
Für die bezügliche Teilnahme beim Einweihen meines lieben unvergesslichen Vaters sage ich allen vielen Dank. Dank dem Hausbesitzer, der Herrn. Abt. der Sachverständigen (H. G.), den Freunden und Verwandten und dem Personal der Firma Seitzberg. Besondere Dank Herrn. Pastor Dr. Siebert. Frau M. Nannmann geb. Hölke 7458

**Herrmann Böhmer**  
von der Untersuchungsstelle des Verkehrsamts I und II Magdeburg durch den Tod entfallen.

Sie sind ersucht, sich an der Beerdigung dieses Kollegen, der in unserer Untersuchungsfälle des Verkehrsamts I und II Magdeburg durch den Tod entfallen.

Die Beerdigung findet am Freitag den 19. d. M. vormittags 10 Uhr, von der Halle des Badener Friedhofes aus statt.

Die Beerdigungsfälle der Untersuchungsstelle des Verkehrsamts I u. II Magdeburg.

**Deutscher Metallarbeiter-Verein**  
Bezirk Magdeburg.

**Nachruf.**  
Am 14. d. M. starb unser Mitglied **Herrmann Hartwig** an Herzerleiden, 53 Jahre alt. Gute heilem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag den 19. d. M. vormittags 10 Uhr, von der Halle des Badener Friedhofes aus statt.

**Arbeitsmarkt**  
Gehilfliche Seiden-Monteur  
Mittel. Friedr. Tsch. Ges., Breitung II.

**Erfahrener Heizer**  
zum sofortigen Eintritt gesucht. Besondere Vergütung. Besondere Vergütung. Besondere Vergütung.  
Nadolf Bode, Lärmschneiderei Ia.

**Manometer-**  
Verkauf od. Verleiher  
von Berliner Fabrik gesucht.  
Offerten mit I. N. 94 an die Expedition der Zeitschrift. 886

**Stampe**  
Gehilfliche  
Gehilfliche  
Gehilfliche

**Gold, Silber, Platin, Sülber, Schiffe, Brillanten**  
kauft zu höchsten Preisen  
L. Sanger, Juweler  
244, Kienstr. 17.

**Gold**  
Silber, Platin  
Brillanten  
alle Längen  
Georg Sack  
Gr. Mühlenstraße 2,  
I. Turm (Gasse links).  
Ankauf und Verkauf  
von allen Gold- und  
Silbergegenständen.  
Schnell und zu  
ausgezeichneten Preisen.

**Gold**  
Silber, Platin  
Brillanten  
alle Längen  
Georg Sack  
Gr. Mühlenstraße 2,  
I. Turm (Gasse links).  
Ankauf und Verkauf  
von allen Gold- und  
Silbergegenständen.  
Schnell und zu  
ausgezeichneten Preisen.

**777 M. - Mützen**  
zum Anziehen.  
zum Anziehen.  
zum Anziehen.

**Silber**  
zum Anziehen.  
zum Anziehen.  
zum Anziehen.

**Zur Miama Ledertuch**  
130 cm breit, zum Bespannen von Wänden und zur Dekoration  
**ML 35.00**  
**Rugotkehal**  
Johannisbergstrasse 2

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 15. Juni 1922.

Nachklänge.

Am Mittwoch nachmittag und abend herrschte auf der Sternbrücke riesiger Verkehr. Ein dauerndes Strömen von Menschen nach der Kothornseite zu, ein Zurückfluten nach der Stadt. Auf den Wegen, die sich um die Terrassen und den hohen Damm des Straßenzuges legen, gingen stille Spaziergänger, auf den Wänden vor den Terrassen Frauen und Männer in Feierabendgesprächen, über die Brüstung der Hauptbrücke lehnten sich viele Hunderte, die sich Magdeburg von einem neuen Standort aus ansehen wollten. Die alte Wahrheit fand hier wieder neue Bestätigung: die Tat und der Erfolg gibt recht. Die langen Reden und Zeitungsartikel, die vom „Weld-in-die-Eise-Werfen“ handelten, hatten alle Wirkung verloren, auch die Menschen, die früher schimpften, bewundern jetzt. Alle Einwendungen können die Tatsache nicht verwischen, daß hier ein imposantes Werk für Magdeburg geschaffen wurde.

Arbeiterfrauen, die am Vormittag der Feier bewohnten, erzählen ihren Männern, wie es war. Dabei wurde manches Wort der Kritik laut. Mit der Brücke ist man einverstanden, keineswegs aber mit der Brückenfeier. Auch wir sind von der Feier nicht befriedigt und stehen ganz zu den Unzufriedenen, die sich im demokratischen Deutschland andere Feiern bei dergleichen Gelegenheiten wünschen. In dieser Unzufriedenheit zeigt sich ein recht gesundes Volksgedühl. Die einfachen Kreise der Bevölkerung, die für neue Lebensformen das wertvollste Material bedeuten, wollen, daß eine neue Volksgemeinschaft im neuen Deutschland auch unmittelbare Wirklichkeit, daß sie für das körperliche Auge sichtbar werde. Die Unterwürigkeit und auch die Verbindungen zwischen „oben und unten“, zwischen den Trägern öffentlicher Gewalt und dem Volke können am sinnfälligsten zum Ausdruck bei öffentlichen Feiern, die gleichsam „halbamtlichen“ Charakter tragen. Bei der Brückenfeier hätte es sich zeigen müssen.

Wir haben schon darauf hingewiesen, daß sich die Feier schon erheblich von derartigen Veranstaltungen in früherer Zeit unterscheiden hat. Es wäre früher ohne Schlußfeier, Dankgottesdienst, Paraden, Ehrenpforden und Spalier durch alle Straßen sicher nicht abgegangen. Der Brunn war ein Mittel der Demonstration für die Herrschenden. Das Volk hatte zu stanunen und Ovationen zu bringen, mußte sich im übrigen weit hinten aufhalten. Wilhelm der Ausgereifene hat diesem Gedanken einmal sehr kurz Ausdruck gegeben. Für den Stadtbeordneten-Sitzungssaal einer benachbarten Stadt sollte ein Bild gemalt werden, das darstellt, wie das „begeisterte“ Volk dem Großen Kurfürsten auf dem Markte huldigte. Der erste Entwurf war „demokratisch“ gehalten. Der Kurfürst auf gleicher Ebene mit dem Volk und in Berührung mit ihm. Wilhelm, das Stimmelsinstrument, bestimmt, als ihm der Entwurf vorgelegt wurde: „Volk zurück, der Fürst empor.“ Wir tragen noch einen peinlichen Rest dieser alten Anschauungen in uns.

Volk zurück. ... Und das liegt gar nicht daran, daß vielleicht neue Amtsträger zu stolz oder eingebildet wären und sich mit Bedacht vom Volke fern hielten. Die „Spitzen der Behörden“, die gestern sprachen — vielleicht Deims oder Höring — haben mit solcher Volkstrenntheit wirklich nichts zu tun. Es wäre zu dumm, sie mit solchen Begrissen in Verbindung zu bringen. Das weiß jeder Parteigenosse und Arbeiter, der mit ihnen zu tun bekommt. Die Tatsache, daß auch gestern abgesperrt wurde, daß zwischen den Männern im „dunkeln Anzug“ und dem schlichten Volk ein Abstand gewahrt wurde, hängt überhaupt nicht zusammen mit persönlichen Gesinnungen, Tugenden oder Untugenden, sondern ist eben nur ein Beweis, daß man zwar eine demokratische Verfassung bestrebt, aber zu demokratischen Lebensformen noch nicht durchgedrungen ist. Mindestens nicht in Norddeutschland. Die Geschicklichkeit eines Meisters vom Feste, den ein hochwohlwöhllicher Magistrat eingesetzt hat, oder eine Anordnung der obersten Spitze können da nicht viel ändern. Etwas mehr Neugier könnte freilich auch auf „Verordnungswege“ geschaffen werden, sobald man erkannt hat, daß eben auch öffentliche Feiern der Ausdruck eines Gemeindegedankens ist. Offener hat sich leider sehr wenig von „neuer Einstellung“ in diesem Sinne bemerkbar gemacht.

Aber im wesentlichen kann eine neue und demokratische Feierygemeinschafft nicht geschaffen werden, solange es keine demokratische Volksgemeinschafft gibt. Klassenunterschiede werden nicht ausgeglichen — weder durch gute Wünsche, noch durch Feiern —, solange die Ursache der Klassenungleichheit in den wirtschaftlichen Zuständen besteht. Aber über dem wirtschaftlichen Unterbau erhebt sich für jedes Volk der verbindende Kuppelbau kultureller und geistiger Interessen und die Notwendigkeit, gemeinsame Einrichtungen zu schaffen. So können die Gegensätze zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber noch so tief sein, an Verkehrswegen sind alle interessiert. Das Wesen wirklicher Demokratie würde sich zeigen, wenn die Feier derartiger Werke eine Gemeinschaft des Volkes sichtbar werden ließ. Es spruch deshalb gesundes Empfinden aus der Arbeiterfront, die sagte, man hätte ein Volksfest aus der Brückenweihe machen sollen. Der Wunsch ist leider noch nicht die Tat. Wenn der Magistrat zum Volksfest aufgerufen hätte, wie hätte sich das praktisch gestalten können? Es wäre im Volksempfinden die notwendige Voraussetzung gewesen, daß sich darin zeigen müßte, daß man ein Gemeinames sieht. Es wäre ein demokratisches Volk notwendig und eine demokratische Lebensform dieses Volkes. Beides haben wir noch nicht. Demokratische Lebensform bedeutet, daß ich mich taftvoll gegen den politischen Gegner benehme, daß ich die Fähigkeit habe, die Gesinnung der andern zu achten und nicht zu verletzen und mein eigener Ordner sein kann, wenn viel Volks auf der Straße ist. So weit sind wir noch lange nicht. Man muß immer wieder die Erfahrung machen, daß man als Sozialist nicht einmal gesellschaftlich mit bürgerlichen Gegnern verkehren kann, ohne stündlich der Gefahr ausgesetzt zu sein in seiner Gesinnung verletzt und beleidigt zu werden. Es wollen auch Menschen mit bestimmter politischer Anschauung bei uns gar nicht festlich zusammenkommen, auch nicht bei gemeinsamen Anlässen. Wir kennen deshalb zunächst nur Stahlhelm-, Regiments-, Kriegervereins-, Schützenfeste, bei denen um die Beteiligten eine scharfe Grenze gezogen wird, und alle Mitwirkende außerhalb dieser Grenze werden als minderwertig geachtet. Die politischen Parteien veranstalten Feste, die sozialistischen Arbeiter, von allen andern Kreisen bekämpft und geachtet, muß naturgemäß ihre Gemeinschaft auch festigen in ihren eigenen Feiern. Wo sind da in dieser Zeit Volksfeste möglich? Höchstens ein Volksrummel ist denkbar. Den zu veranstalten, liegt kein Anlaß vor.

Ein Beispiel dafür, daß es Sozialdemokraten eigentlich unmöglich ist, auch nur gesellschaftlich mit Bürgerlichen zu verkehren, wurde gestern auf dem „Herrenzug“ gegeben. Die Stadtverwaltung hatte, wie wir schon mitteilten, ihre Gäste zu einer Erfrischung eingeladen. Über dieses „Festchen“ wurde schon mancherlei geredet. Es wurden bekanntlich 30000 Mark für die Brückenweihe bewilligt. Man erklärt also, die Gäste hätten 30000 Mark verschoben und verschessen. Das stimmt nur freilich nicht. Von der Summe sollten alle Ausgaben gedeckt werden, die der Tag brachte. Es entstanden erhebliche Ausgaben

für Entschädigungen, Lohn, Transport. Allein der Schmutz der Brücke kostete 6000 Mark. Nun kann man wohl der Meinung sein, daß weder der Schmutz, noch das Konzert, noch der Umtrieb notwendig war. Sicher stände die Brücke auch dann fest, wenn sie gestern nicht geschmückt worden wäre und die Herrschaften sich nach der Einweihung sofort nach Hause verfrachten hätten. Allerdings wird auch heute noch eine gewisse Höflichkeit Gästen gegenüber beachtet. Wenn der schlichte Bürger oder Arbeiter Gäste zu einer Familienfeier zu sich bittet, schmückt er auch sein Heim und setzt den Gästen eine Erfrischung vor. Diese Höflichkeitsthat muß eine Stadt schließlich auch wahren. Aus diesem Grunde haben wir auch nichts zu dieser Sache gesagt, denn es gibt eben Dinge, um die auch heute eine Stadtverwaltung nicht herumkommt.

Bei der Zusammenkunft auf dem „Herrenzug“ gab es aber folgenden peinlichen Zwischenfall. Es wurden — wie das üblich ist — Reden gehalten. Der Oberbürgermeister hielt eine sehr gute — wie das ebenfalls üblich ist. Er sprach von der Zukunft Magdeburgs. Danach kamen noch mehr Reden. Der Demokrat Bohner ließ das deutsche Vaterland hochleben. Darauf stimmte ein Fraktionsgenosse von ihm das Lied „Deutschland, Deutschland über alles“ an. Wir gestehen den Demokraten gern zu, daß sie keine deutschnationale Demonstration beabsichtigt hatten. Die Deutschnationalen und Volksparteiler haben sich übrigens gar nicht bliden lassen, sie hassen die Sozialistenbrücke, wie sie alle Erfolge der jetzigen Verwaltung mit hassen. Es war aber trotzdem eine grobe Latiflosigkeit. Unsere Genossen standen auf, sagten den Demokraten ihre Meinung und brachen dann auf. Von den Demokraten wurde darauf hingewiesen, daß das Lied vor 1870 ein revolutionäres Lied war, gehaßt und mißbekämpft von preussischen Junkern. „Einigkeit und Recht und Freiheit“ sind des Glückes Unterpfand“ will gar nicht zu reaktionärer Junkerzeugung stimmen. Das ist nur historisch richtig, heute wird das Lied anders gewertet und darauf kommt es an.

Derartige Vorkommnisse ist man als Sozialist ausgeguckt, wenn man Pflichten der Höflichkeit erfüllen will und sich aus diesem Grunde nicht von Veranstaltungen fernhält, zu denen man innerlich gar kein Verlangen hat. Die Vertreter der Sozialdemokratie werden sich in Zukunft nur dann an derartigen Veranstaltungen beteiligen können, wenn ihnen jede Garantie gegeben wird, daß derartige Latiflosigkeiten nicht mehr vorkommen können. —

Sozialdemokratischer Verein Magdeburg.

Bezirk Salbke. Freitag den 16. Juni, abends 8 Uhr. Mitgliedsversammlung bei Himbürg. Stadtverordneter Genosse Otto Richter spricht über Bauwesen. 375

Zwei Jahre Elternbeirat.

Die erste Wahlperiode der Elternbeiräte ist zu Ende. Ziehen wir das Ergebnis aus ihrer Tätigkeit. Der Mitarbeit der Elternbeiräte im Schulbetrieb wurden von vornherein enge Grenzen gezogen. In der ersten Dienstamtsweisung für Elternbeiräte, wie man den Erlaß des Ministers vom 10. Oktober 1919 scherzhaft nennen kann, heißt es:

Die Tätigkeit des Elternbeirats ist beratender Natur. Sie erstreckt sich auf Wünsche und Anregungen des Elternkreises, die sich auf den Schulbetrieb, die Schulgucht und die körperliche, geistige und sittliche Ausbildung der Kinder beziehen und die über den Einzelfall hinaus von allgemeiner Bedeutung sind.

Gewerkschaftler, Parteigenossen mit langjähriger Schulung, Männer, die neben „rumtern Reden“, die eine „Arbeit begleiten“ sollen, auch das produktive Schaffen nicht vergessen, erkannten sofort, daß die angeführten Sätze keine tragfähige Grundlage waren für ein erfpriechliches Zusammenwirken von Lehrerkollegium und Elternbeirat. Sie mußten aber auch, daß jede Neueinrichtung nicht ein fertiges, abgeschlossenes Gebilde darstellt, sondern entwicklungsfähig ist und den Bedürfnissen der Praxis allmählich angepaßt werden muß. Sie bemühten sich des Instruments der Elternbeiräte und versuchten, es zu spielen. Die ersten Verhandlungen fanden im Zeichen der Kompetenzstreitigkeiten. Die Tätigkeit des Elternbeirats ist beratender Natur,“ sagt der Erlaß. Konnten sich die Elternbeiräte, wenn sie ihre Arbeit ernst nahmen, damit begnügen, ihre Beschlüsse dem Lehrerkollegium als Material zu überreichen? Wimmernmehr! Damit hätte ihre Wirksamkeit denselben Wert gehabt, wie das Aufmachen von lauben Nüssen. Das erkannten einjährige Lehrerkollegien und fanden gemeinsam mit den Elternbeiräten eine Verhandlungsbasis, die der Minister für Kunst- und Volksbildung trotz der Vorwürfe über die Tätigkeit der Elternbeiräte immer noch nicht gefunden hat.

Ebenso unklar und daher umstritten ist die Bestimmung, daß nur Verhandlungsgegenstände auf die Tagesordnung gesetzt werden dürfen, „die über den Einzelfall hinaus von allgemeiner Bedeutung sind“. Wer bestimmt, ob es sich um einen zufälligen oder um einen typischen Fall handelt? — Das Lehrerkollegium? Der Elternbeirat? Beide? — Letzten Endes wird das Kollegium den Ausschlag geben und der Elternbeirat ist auf den Beschwerde weg angewiesen. Die angezogene Bestimmung wird für Lehrerkollegien, die den Elternbeirat für eine überflüssige Einrichtung hielten, zur Handhabe, jede positive Arbeit der Elternbeiräte zu verhindern. Glücklicherweise gehören solche Fälle in Magdeburg zu den Ausnahmen, die die Regel bestätigen.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß der Wille, miteinander zu marschieren, bei beiden Teilen stärker war als die Abneigung, sich zu bekämpfen. Elternbeirat und Lehrerkollegium haben es verstanden, dem Schulschiff gute Fahrt zu geben und es an den Klippen der ministeriellen Verfügung sicher vorbeizusteuern.

Nun zu den Kinderkrankheiten, von denen auch die Magdeburger Elternbeiräte nicht gänzlich verschont geblieben sind. Wohl jede Schule hat ihre Prügelbeichte gehabt, mußte sie haben, um Lehrern und Elternbeiräten zu zeigen, daß es kein besseres Mittel gibt, sie zu entzweien, als Auseinandersetzungen über körperliche Züchtigungen. Der Schulleiter ist angewiesen, nur dann einzugreifen, wenn beide, Lehrer und Eltern des betreffenden Kindes, seine Vermittlung wünschen. Ein solches Verhalten sollte auch für die Elternbeiräte ungeschriebenes Gesetz werden. Beht ein Teil die Vermittlung ab, so bleibt es den Beteiligten überlassen, sich zu eintzen oder den Rechtsweg zu beschreiten.

Es mag auch hin und wieder vorgekommen sein, daß einzelne Elternbeiräte sich als Aufsichtsorgane der Lehrer betrachteten. Die Lehrerschaft ist mit Sachauskunft bereits so reich versorgt, daß sie die Lotenaussicht — Geistliche, Elternbeiräte — entbehren kann. Jeder Vorstoß in dieser Richtung würde an der Einheitsfront aller Lehrenden zerschellen. Nicht Aufsicht, Mitarbeit braucht die Schule.

Trotz der mangelhaften Rechte und Befugnisse ist die Tätigkeit der Elternbeiräte, von Ausnahmen abgesehen, recht fruchtbar gewesen. Die Elternbeiräte haben sich durchgesetzt und sind ein beachtlicher Faktor im Schulleben geworden. Das wird auch von der Lehrerschaft anerkannt, die heute der Einrichtung der

Elternbeiräte viel freundlicher gegenübersteht als vor 2 Jahren. Die Zahl „80“, die Zerstückelung des Schulwesens! Da zwei Gefahren, die von der Schule nur mit Hilfe der öffentlichen Elternschaft abgewendet werden können. Von einer Würdigung der Elternbeiräte im einzelnen kann abgesehen werden. Das würde zu weit führen. Außerdem hat die „Volksstimme“ von Zeit zu Zeit Tätigkeitsberichte gegeben.

Jede Partei hat einen schulpolitischen Willen der entweder offen und ehrlich oder versteckt bewirkt werden soll. Das beweisen die sozialistischen und die sogenannten „unpolitischen“ Listen. Im Laufe der 2 Jahre war mehrmals Gelegenheit, die politische Einstellung der Unpolitischen kennenzulernen. Für die Folgezeit wird wohl kein fortschrittlich gestimmtes Ehepaar noch einmal auf die unpolitische Leinwand kriechen.

Durch die Elternbeiräte ihrer Parteizugehörigkeit hat die S. P. D. die schulpolitischen Fragen in ihrem Sinne entscheidend beeinflussen können. Ziel- und planlos im Wirken einzelner Elternbeiräte wurde durch eine straffe Organisation — Elternbeiräte der Einzelschulen, Elternbeiräte der Bezirke, Zentral-elternbeirat — gesteuert.

Am 25. Juni werden die Elternbeiräte für die zweite Wahlperiode gewählt. Ihnen fällt die Aufgabe zu, tatkräftig mitzuwirken beim Ausbau des Magdeburger Schulwesens im Sinne der Einheitschulbestrebungen. Alle Wähler der S. P. D. haben die Pflicht, die Partei in dieser überaus wichtigen und kritischen Zeitperiode zu unterstützen und ihr die Möglichkeit zu geben, das volle Gewicht ihrer Stimmen in die Waagschale zu werfen. Wer am Tage der Wahl daheim bleibt, veründigt sich nicht nur an seinen Kindern, sondern auch an seiner Partei. Warum feiern die Reaktionäre ein Freudenfest, wenn die „unpolitischen“ Listen die Mehrheit der Stimmen auf sich vereinen. Sie wissen, daß jeder „unpolitische“ Elternbeirat ein Stein im Gebäude der Schulreaktion ist. Sie kennen die Wahrheit des Wortes: „Wer die Jugend hat, der hat die Zukunft“, und — sie handeln, wenn der Zeitpunkt gekommen ist, sich der Jugend zu bemächtigen, während unsre Leute häufig die Politik der verpassten Gelegenheiten treiben.

Stern der S. P. D.! Auf den sozialdemokratischen Kultusminister Haenisch folgte der Volksparteier Wölff. Soll die Mehrheit der S. P. D.-Elternbeiräte durch die „unpolitischen“ volksparteilichen abgelöst werden? Soll einem 2jährigen Schulfortschritt in Magdeburg schon wieder die finstere Schulreaktion folgen? Der Volksstaat legt die Entscheidung in eure Hand. Die Elternbeiratswahl am 25. Juni wird der Prüfstein eures schulpolitischen Willens sein. —

Reichs-Arbeiter-Sporttag.

In Magdeburg wird der Reichs-Arbeiter-Sporttag wieder ein Sportereignis größten Stils. Das Fest beginnt am Sonnabend nachmittag mit leichtathletischen Kämpfen auf dem Schroteplatz, am Abend findet im Konzerthaus, an der Leipziger Straße eine Feier statt.

Am Sonntag werden Stafettenläufe durch die Stadt ausgeführt. Von 8½ bis 9¼ Uhr Massen-Gesangsdre und Massenreigen auf dem Alten Markt. Nachmittags 2 Uhr Festzug nach dem Schroteplatz, dort turnerische und sportliche Veranstaltungen verschiedener Art.

Arbeiter, nehmt am Sporttag der Arbeiter teil!

Arbeiterturner und Arbeiterjugend.

Der Turnverein Fichte Magdeburg ersucht um Abdruck folgender Erwiderung auf den in Nummer 133 der „Volksstimme“ erschienenen Artikel „Arbeiter-Sportkartell gegen Arbeiterjugend“.

Das Sportkartell wurde nicht auf Antrag der Abteilungen Neustadt und Budau zusammengerufen, sondern auf Verlangen des Gesamtvereins Fichte. Daß sich bei Aufnahme der Arbeiterjugend (in 2 Jahren dreimal) Widerstände geltend machten, ist wahr. Deren Ursachen waren aber klar zu erkennen. (In der Erklärung steht „nicht ganz klar“.) Wie es weiter heißt, wurde als Grund die Zugehörigkeit zum Ortsausschuß für Jugendpflege angegeben. Das ist richtig und diese Tatsache allein hat dazu geführt, daß „Fichte“ einen Antrag zur Klärung der Angelegenheit einreichte. Der Verein hat eine ausgiebige, sehr gründliche Aussprache gehabt über den Ortsausschuß, seine Ergänzungsberedung, Schulpflege und seinen Zweck. Er vertritt die Ansicht, diese Institution ist zu verwerfen. Der Turnverein erblickt in dem Ortsausschuß keine Interessensvertretung der Jugend, trotz seiner nachrevolutionären Bestimmungen, die der der Regierung entsprechen.

Wenn einer der Genossen von „Fichte“ politische Arbeitereigenen zu gab und privatim weiter äußerte, daß den Arbeiterturnern die Konkurrenz der Jugend unlieb sei, so bezeichnen wir dieses als lächerliche, persönliche Ansicht, getragen von wenig sportlicher Heberzeugung, die mit der Stellungnahme des Vereins nichts gemein hat. Es ist nicht richtig, daß die Arbeiterjugend das Sportkartell verlassen mußte, denn der „Fichte“-Antrag richtete sich nicht gegen die Arbeiterjugend, sondern verlangte vom Kartell eine Entscheidung für oder gegen den Ortsausschuß für Jugendpflege. Wenn nun die Arbeiterjugend das Arbeiter-Sportkartell hinter den Ortsausschuß für Jugendpflege stellt, so sind das eigene Angelegenheiten. Auch der Turnverein Fichte lehnt es ab, sich von R. P. D., U. S. P., aber auch von S. P. D.-Kreisen leiten zu lassen, denn es gilt bei uns sportliche und damit rechte Arbeiterinteressen zu vertreten.

Der Vorstand des Turnvereins Fichte (A. L.) Magdeburg.

J. A. Wilhelm Giesecke, Vorsitzender.

Dieszu schreibt uns der Arbeiterjugendbund Groß-Magdeburg:

Wir haben kein Interesse daran, unsere Meinungsverschiedenheiten mit einigen Kreisen der Arbeiterturner über den Ortsausschuß für Jugendpflege weiter öffentlich zu erörtern, sind aber zu untrer „Erklärung“ gezwungen gewesen, um der großen Magdeburger Arbeiter-Sportgemeinde endlich einmal darlegen zu können, was mit einem ihrer stärksten und rührigsten Teile geschieht. Obige Berichtigung enthält nichts, was unrechtfertig in der „Erklärung“ gegebene Schilderung der Vorgänge entkräftet. Durch Annahme des Antrags des Arbeiter-Turnvereins Fichte, der davon keine Mitwirkung am Reichs-Arbeiter-Sporttag abhängig machte, war die Arbeiterjugend wegen ihrer Zugehörigkeit zum Ortsausschuß für Jugendpflege vom Arbeiter-Sportkartell ausgeschlossen. Das ließ Arbeiter-Turnverein Fichte Budau durch eine Resolution, die Sportgenosse Ginge vertrat, durch mehrfache Erwähnung unserer Organisation in dieser Entscheidung besonders unterstreichen. Die politischen Parteien haben nicht wir in die Debatte gezogen und es bleibt uns unerfindlich, wie der Vorstand des Arbeiter-Turnvereins Fichte Magdeburg auch in seiner „Erwidernung“ wieder in dieser Frage so daneben hauen kann.

Arbeiterjugendbund Groß-Magdeburg.



Weise das Volk über die... die nicht alle... belügt und verachtet... fucht, sondern hinter ihm stehen die Deutschhollischen...

Gottentrott hat früher... auf seine Selbständigkeit gepocht... und immer behauptet... dass er von niemand Unterstützung annehme...

Das Defizit zu verringern... versucht Gottentrott jetzt noch auf andre Weise... Er hat eine Sammlung eröffnet für die Streikasse...

Selbstständig nutzt Hans Gottentrott auch das fluchwürdige Attribut... auf Scheidemann zu seinem Besten aus... Unter den erbärmlichsten Anpöbelungen...

Schneebed, 15. Juni. Sozialdemokratischer Verein... Freitag den 16. Juni, abends 8 Uhr, im kleinen Saale des Stadtpartei-Mitglieder-Versammlung...

Kreis Wanzleben. Diesdorf, 15. Juni. In der Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins...

Gegegenst, 15. Juni. (Das Arbeiter-Sportkartell) veranstaltet am 24. und 25. Juni ein Sportfest... Im Sonnabend abend 9 1/2 Uhr findet eine Demonstration...

Kreis Wolmirstedt-Neuhaldensleben. Neuhaldensleben, 15. Juni. (Sommer-Finanzamt.) Die Körperschaftsteuererklärungen...

Kreis Kalbe. Barbis, 15. Juni. (Sitzung des Preisausschusses.) In unserer letzten Sitzung sprach Genosse Kunze...

250 bis 300 Mark (Mann glaubhaft, D. H.) haben... dies entspricht einem Stundenlohn von rund 3,80 Mark...

Schneebed, 15. Juni. (Preissteigerung.) Laut amtlicher Befragung ist der Preis für das Marktenbrot im Gewicht von 4 Pfund mit Wirkung vom 12. Juni...

Schneebed, 15. Juni. (Sozialdemokratischer Verein.) Freitag den 16. Juni, abends 8 Uhr, im kleinen Saale des Stadtpartei-Mitglieder-Versammlung...

Kleine Chronik.

Geheimvoller Tod zweier Personen. Eine furchtbare Entdeckung machte der in der Artilleriekasernen in Leipzig wohnhafte Ingenieur Seebbe...

Nach Amerika verpackt. Die Nachforschungen der Hamburger Kriminalpolizei nach den in letzter Zeit so zahlreich als vermisst gemeldeten jungen Mädchen...

Eine Million Mark verloren. Einem Amerikaner, der sich am Sonntag in Hamburg b. d. S. mit einer Dame aufhielt, kam während eines Spaziergangs im benachbarten Wald...

Sieben Sträflinge ausgebrochen. Dienstag nachmittag gelang es sieben im Gefängnis hier auf der Elbinsel zu hause zu untergebrachten Gefangenen...

Ein Mädchen von Franzosen vergewaltigt und erdrückt? Ein 19-jähriges Mädchen aus Wörlitz wurde in der Nähe des Ortes in einem Kornfeld erdrückt und vergewaltigt...

Schwerer Eisenbahnunglück in Ungarn. Der Dienstag früh 10 Uhr von Budapest abgegangene Zug, von dem einige Waggons bei Raab abgeköpft wurden...

Die Cholera in Russland. Im europäischen Russland ist die Cholera in 44 Gouvernements registriert worden...

Vereine und Versammlungen. Tabakarbeiter. In der letzten Mitgliederversammlung verlas Kollege Lüdge ein Schreiben des Finanzamts...

rate (Gruppe Nahrungs- und Lebensmittel) stattfindet... Kollege bemerkt auch, dass die Zigarettenfabrik Bonifas auf das Werk... übergeben hat...

Bücherschau.

Einige hier angezeigten Bücher sind durch die Buchhandlung Volkstimmte zu beziehen... Die bei den Büchern angegebenen Preise sind in vielen Fällen überhöht... Deutsche Alpenzeitung, Monatshefte für Alpinismus...

Bereins-Kalender.

Gewerkschaftliche Vereinstätigkeit. Väter-Versammlung (Händler-Gruppen am Mittwoch den 21. Juni, abends 7 Uhr... Sozialdemokratischer Verein, Freitag den 16. Juni, abends 8 Uhr...

Briefkasten.

M. G. Diers. Zuschriften ohne Nennung des Namens werden nicht berücksichtigt.

Wasserstände.

Table with columns for location (e.g., Döbeln, Groitzsch, Zeitz), water level (Höhe), and change (Veränderung). Includes a note: '+ bedeutet über - unter Null.'

Wettervorhersage.

Freitag den 16. Juni: Teilweise heiter, warm, heftige Gewitter.

Mitteilungen aus der Buchhandlung Volkstimmte.

(Bestellungen nehmen alle Zeitungsausträgerinnen entgegen.) Rudolf Lüne: Geheimnis Rastan in allen Sprachen. 10.00... Karl Raatzky: Mein Verhältnis zur Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei. 3.00

Wichtig für alle Leser der „Volkstimmte“ ausschneiden, aufbewahren! Das einzig bestehende Werk (13. Auflage) mit 274 Naturabbildungen... Die Entdeckung, Entwicklung und Geburt des Menschen...

Gemeinnützige Arbeitsgenossenschaft. Ausgabe der Rückvergütung 1921. 100 Mt. Belohnung für die Läufer.

Extra Karte Polen. Große Karte Polens mit allen Provinzen, Kreisen und Städten.

Preussische Staats-Lotterie. 319 Millionen Mark Gewinn. Nächste Ziehung am 27. u. 28. Juni.

Preussische Klassen-Lotterie. Die zur 1. Klasse der Lotterie nach festgesetzter Reihenfolge gezogenen Lose sind...

Goldenes Bohmbaus. Reichhaltigen Schmuck... Brillanten. F. Streubel, Juwelenfabrikant.

